

## **Gegen die Verfolgung von Kurdinnen und Kurden! Solidarität mit den inhaftierten kurdischen Jugendlichen!**

Morgen – am Donnerstag, den 13. Januar 2011, beginnt vor dem Stuttgarter Landgericht ein Prozess gegen 9 von insgesamt 18 kurdischen Jugendlichen.

Die Inhaftierten sind zwischen 18 und 33 Jahre alt. Über die letzten zwei Jahre hinweg haben sie gemeinsam mit anderen Kurdinnen und Kurden in Stuttgart und der Region sowohl politische als auch kulturelle Arbeit geleistet. Sie haben gemeinsam mit anderen Fußballturniere organisiert und durch öffentliche Mobilisierungen wie Demonstrationen oder Kundgebungen auf die Situation der kurdischen Bevölkerung aufmerksam gemacht.

Diese Jugendlichen wurden Mitte letzten Jahres verhaftet als in Stuttgart und Region ca. 40 Hausdurchsuchungen bei kurdischen Familien durchgeführt wurden. Seit nun knapp sieben Monaten befinden sie sich in Untersuchungshaft.

Den Inhaftierten wird vorgeworfen an einem Angriff auf eine Kneipe namens „Barfly“ in Nürtingen bei Stuttgart, welche regelmäßig von türkischen Faschisten besucht wurde, beteiligt gewesen zu sein. Dabei wurden 4 Faschisten leicht verletzt. Trotzdem wurden die Inhaftierten wegen versuchtem Mord angeklagt.

Während von den türkischen Faschisten jährlich gewaltsame, manchmal sogar tödliche Angriffe auf kurdische Demonstrationen, Vereine und Personen ausgehen, werden diese im Gegensatz zu anderen meistens kaum bis gar nicht verfolgt.

Wir verurteilen die Verhaftungen der kurdischen Aktivisten, wir verurteilen die Eröffnung eines Prozesses gegen sie und wir verurteilen die Repression, der die kurdischen Familien und Zusammenhänge im Zuge der Ermittlungen ausgesetzt waren und rufen zur Solidarität mit ihnen auf!

Der morgen beginnende Prozess gegen die Aktivisten reiht sich ein in eine jahrzehntelange Verfolgung von KurdInnen und Kurden in der BRD. Nach dem PKK-Verbot 1993 wurde nicht nur die PKK als eine Organisation, die gegen den türkischen Faschismus und für den legitimen Kampf des kurdischen Volkes für Selbstbestimmung und Befreiung eintritt, kriminalisiert. Mit ihr wurden gleichzeitig über Nacht auch Zehntausende Kurdinnen und Kurden, die aufgrund der Kriegssituation in Kurdistan nach Deutschland und Europa geflohen sind, kriminalisiert.

Daraufhin wurden in den folgenden Jahren mehrere Tausend Kurdinnen und Kurden in die Türkei abgeschoben wo sie erneut der Verfolgung und dem Tod ausgesetzt waren. Weitere Hundert wurden in Mammutgerichtsverfahren hier in Deutschland als Straftäter dargestellt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Zahlreiche legale kurdische Kulturvereine wurden geschlossen, Zeitungen verboten, Vertriebshäuser und Verlage kriminalisiert und ebenfalls geschlossen.

Diese Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in der BRD ist auf die enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Deutschlands mit der Türkei zurückzuführen. Dies wurde in der Verbotsbegründung 1993 offen geäußert: „Eine weitere Duldung der PKK Aktivitäten in Deutschland würde die Außenpolitik Deutschlands unglaublich machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben.“

Aus Interesse an dem Erhalt des Bündnispartners Türkei, welche aus eigenen wirtschaftlichen Interessen an der Türkei, durch die Nutzung der dortigen Märkte und günstigen Produktionsbedingungen dort, bestehen macht sich Deutschland zu einem ausführenden Organ für

die von der Türkei ausgehende rassistisch motivierte Verfolgung von KurdInnen und Kurden.

Mit den Prozessen die morgen hier in Stuttgart beginnen werden, wird diese Komplizenschaft einmal mehr deutlich.

Nicht nur das die Repression gegen die kurdische Linke in Stuttgart kaum zwei Wochen nach dem Besuch des deutschen Innenministers Maiziere in der Türkei losschlug, sondern auch dass die Beweislast gegen die Jugendlichen selbst mehr als dürftig ist, drückt aus das es bei diesen Verhaftungen und Prozessen um mehr geht . Nämlich darum im Interesse des türkischen Staates und dem Interesse Deutschlands am Erhalt dieses Bündnispartners die kurdische Linke insgesamt zu schwächen und nachhaltig an ihrer politischen Arbeit zu hindern.

Wir verurteilen die Komplizenschaft Deutschlands mit dem Folterstaat Türkei!

Wir verurteilen die Verfolgungen und die Verhaftungen!

Freiheit für die kurdischen Jugendlichen!

Hoch die Internationale Solidarität!